

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 13.10.2022)

Titel: Sicherheit für alle

Antragstext

1 Es ist Montagnachmittag am 8. August 2022. Ein minderjähriger Jugendlicher sitzt
2 mit Suizidabsichten im Innenhof seiner Wohngruppe. Nachdem Betreuer*innen ihn
3 nicht beruhigen konnten, handelten sie nach ihren Anweisungen: Sie rufen die
4 Polizei. Die Dortmunder Beamte*innen kommen zu zwölf, ihre primären Werkzeuge
5 sind Pfefferspray und Taser, auch die Schusswaffe kommt zum Einsatz, obwohl der
6 Jugendliche in erster Linie nur sich selbst gefährdet hat. Nach drei Minuten ist
7 alles vorbei, und ein Jugendlicher wurde von der Polizei erschossen. Die
8 Ermittlungsarbeiten ergeben, dass wahrscheinlich absolut unverhältnismäßig
9 gehandelt wurde.

10 Klar ist, dass das kein Einzelfall war. Immer wieder sehen wir, dass gerade
11 migrantisierte Menschen und Personen in psychischen Ausnahmesituationen von der
12 Polizei oft keine Hilfe erwarten können. Die Frage nach dem "Warum?" solcher
13 Taten lässt sich zurückführen auf zwei wesentliche Erkenntnisse, denen dringend
14 politisch organisatorische Maßnahmen folgen müssen:

15 Wir müssen zum einen erkennen, dass Polizeibeamte*innen bei psychischen
16 Ausnahmesituationen und Notlagen nicht die richtigen Ansprechpartner*innen sein
17 können. Außerdem müssen wir feststellen, dass die Polizei in NRW ein Problem mit
18 Rassismus und extrem rechten Tendenzen in den eigenen Reihen hat.

19 Die Landesregierung und das CDU-Innenministerium sind gefordert, die notwendigen
20 Schritte zur Bekämpfung längst bekannter und bedrohlicher Fehlentwicklungen in
21 ihrer Behörde jetzt zu gehen, damit sich der Fall Dortmund, genauso wie die
22 Fälle Recklinghausen, Frankfurt, Köln und viele mehr, nicht wiederholen!

Aufklärung statt Aufrüstung

Über Jahre hinweg wurde die Polizei aufgerüstet. Seit Mitte 2018 gehören zwei Maschinenpistolen mit zur Grundausrüstung eines Funkstreifenwagens. Der Gebrauch von Tasern wurde sukzessive erweitert, die Auswertung der Testphase findet erst 2024 statt. Befürworter argumentieren, es reiche die Drohung, jene Waffen einzusetzen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil beweist sich allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation führt. Daher fordern wir:

- Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen keine Probleme, sie schaffen welche!

- Die Arbeit in multiprofessionellen Teams: Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen u.a. können in vielen Situationen weitaus besser interagieren und zur Deeskalation beitragen!

- Eine regelmäßige Evaluation der Einsatzmittel: Ohne Datengrundlage keine Aussage über die Wirksamkeit eingesetzter Mittel. Klar ist auch, dass diese Evaluationen in der Folge auch Konsequenzen haben müssen.

Wer kontrolliert hier wen? Unabhängige Kontrolle ausbauen!

Polizeigewalt kennt viele Facetten und wird ganz wesentlich durch fehlende unabhängige Kontrollmechanismen begünstigt. Aufgrund nicht bzw. kaum existenter Beschwerdestellen müssen Opfer häufig mit den entstandenen Schmerzen und Traumata weiterleben, ohne dass die erlebten Handlungen folgen haben. Polizeigewalt, die insbesondere migrantisierte Menschen trifft, darf nicht weiter folgenlos bleiben. Zur wirksamen Bekämpfung fordern wir daher:

- Die konsequente Verfolgung von Polizeigewalt und rechten Netzwerken: Die Entstehung und Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts darf nicht länger mit der Einzelfall-Ausrede hingenommen werden.

- Eine unabhängige Ermittlungsstelle zur Verfolgung jedweden Fehlverhaltens: Nur mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen einer unabhängigen Stelle kann Hinweisen unbefangen nachgegangen werden. Hier muss sich auch der Bund bewegen und die Strafprozessordnung entsprechend anpassen. Der Druck dazu muss auch von der Landesregierung in NRW kommen!

- Bis zur Anpassung der Bundesgesetzgebung müssen Staatsanwaltschaft und

Polizeipräsidium mit größtmöglicher räumlicher und personeller Distanz zur betreffenden Polizeidienststelle Ermittlungen führen. Dabei muss der Grundsatz der zufallsbedingten Verteilung ohne Ausnahme gelten!

- Gleichzeitige Stärkung der parlamentarischen Kontrollen und Unterstützung bei der Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen

- Kritische Polizeiforschung und Datenanalyse: Nur mit systematischer wissenschaftlicher Grundlage können Instrumente gegen Rassismus und rechte Netzwerke innerhalb der Polizei sinnvoll eingesetzt werden.

Wenn die Polizei kommt, ist es schon zu spät

Je mehr sich der politische Fokus dahingehend verschiebt, die Polizei als alleinige Problemlöserin zu sehen, desto weniger werden etwaige Gründe für vermeintliches Fehlverhalten in den Blick genommen. Zu häufig werden Menschen kriminalisiert, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten leiden und denen gezielte sozialpolitische Maßnahmen weitaus besser helfen würden, als eine entgegengestreckte Waffe. Eine wirksame Bekämpfung von Armut muss daher für uns immer oberste Priorität haben. Denn viele Straftaten werden nur begangen, weil sich Menschen den Lebensunterhalt anders nicht leisten können. Dieses Problem müssen wir systemisch angehen. Wir fordern:

- Armut darf nicht länger kriminalisiert werden: Straffreiheit für Fahren ohne Ticket und vergleichbare Bagatelldelikte

- Mehr Geld für Stadtteilarbeit: Streetworker*innen können mit ihrer Arbeit vor Ort weitaus mehr erreichen als ein Streifenwagen, der durch die Straße fährt.

- Umwidmung von Polizeigeldern für die gezielte Anstellung von Sozialarbeiter*innen und Förderung kommunaler Antidiskriminierungsprojekte

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich niemand aufgrund des eigenen Namens oder des Aussehens fürchten muss. Außerdem haben alle Menschen die Hilfe verdient, die sie benötigen. Die Polizei zeigt zu häufig, dass sie nicht „Freund und Helfer“ ist, sondern mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und Machtverhältnisse betraut ist.

Als GRÜNE JUGEND NRW benennen wir den dringenden Handlungsbedarf klar. Wir kämpfen gegen rassistische Strukturen und für bessere Lebensverhältnisse, die alle Menschen mitdenken. Mit nichts weniger werden wir uns zufriedengeben!

Begründung

erfolgt mündlich